

A3NEU Für eine verantwortbare und fortschrittsorientierte Politik (Antrag des Kreisverbandsvorstands)

Gremium: Vorstand KV Münster

Beschlussdatum: 01.04.2023

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge zum Ergebnis des Koalitionsausschuss der Bundesregierung

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung Münster möge beschließen:

2 1. Der Kreisverband Münster bewertet den im Koalitionsausschuss gefassten
3 Beschluss, das Klimaschutzgesetz aufzuweichen, als falsch. Diese werden weder
4 der Verantwortung Deutschlands beim globalen Klimaschutz gerecht, noch genügen
5 sie dem Koalitionsvertrag. Der Kreisverband Münster appelliert nachdrücklich an
6 die Koalitionspartner von SPD und FDP, sich ihrer Verantwortung für den
7 Klimaschutz und gegenüber zukünftigen Generationen zu stellen. Der Kreisverband
8 fordert diese deswegen auf, zu einer verantwortlichen und
9 fortschrittsorientierten Politik im Geiste des Koalitionsvertrags
10 zurückzukehren.

11 2. Die Kreismitgliederversammlung ist dankbar, dass unsere GRÜNEN
12 Verhandler*innen im Koalitionsausschuss in einem langen und zähen Ringen und
13 unter schwierigen Bedingungen hartnäckig und ausdauernd auch wichtige
14 Fortschritte für den Klimaschutz vorangebracht haben. Gleichzeitig haben sie
15 umwelt- und klimapolitisch desaströse Entscheidungen verhindert. Trotzdem bleibt
16 das Verhandlungsergebnis insbesondere im Bereich Verkehr weiter hinter dem
17 Notwendigen zurück.

18 3. Der Kreisverband Münster kritisiert die durch SPD und FDP vorangetriebene
19 Aufweichung der Sektorziele im Klimaschutz scharf. Er unterstützt Bundespartei
20 und Bundestagsfraktion dabei, die Überprüfbarkeit und Verbindlichkeit bei der
21 Einhaltung der Sektorziele in der Novelle des Klimaschutzgesetzes beizubehalten.
22 Wenn die gesetzlich vorgeschriebenen „Sofortprogramme bei Überschreitung der
23 Jahresemissionsmengen“ tatsächlich abgeschafft würden, käme Deutschland seiner
24 Verantwortung beim globalen Klimaschutz nicht nach. Ein solcher Rückbau der
25 deutschen Klimaschutz-Architektur fele hinter die Maßnahmen der
26 Vorgänger*innen-Regierung zurück.

27 4. Der Kreisverband hat die klare Erwartung, dass Sektoren, die wie der
28 Verkehrssektor ihren Beitrag zum Klimaschutz nicht erreichen, auch weiterhin in
29 die Handlungspflicht genommen werden und rechtsverbindliche „Sofortprogramme“
30 vorlegen müssen.

31 5. Der Kreisverband fordert, dass Umwelt- und Naturschutzstandards bei
32 Straßenbauprojekten nicht unter dem Deckmantel der „Beschleunigung“ abgesenkt
33 werden dürfen. Neben der Klimakrise werden unsere Gesellschaften auch durch den
34 dramatischen Verlust von Biodiversität bedroht. Das erfordert, die Auswirkungen
35 großer Infrastrukturprojekte auf die Natur zu untersuchen und möglichst zu
36 begrenzen. Die Umweltverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure bieten
37 dabei einen echten Mehrwert; ihre Beteiligungsrechte sind zu wahren. Um die
38 Verfahrensdauern zu verringern, müssen Behörden gut geführt werden und die
39 notwenige Unterstützung bei der Digitalisierung erhalten.

40

41 6. Der Kreisverband kritisiert zudem, dass SPD und FDP sich bisher einer
42 Einigung auf die Ausgestaltung zur Kindergrundsicherung verweigern. Er erwartet,
43 dass die Koalitionspartner im Bund die vereinbarten sozialpolitischen Projekte
44 anpacken und Armut in unserem Land wirksam bekämpfen. Der Kanzler und der
45 Bundesfinanzminister sind aufgefordert, für die im Koalitionsvertrag vereinbarte
46 und vom Fachministerium längst vorbereitete Kindergrundsicherung endlich eine
47 klare und verlässliche Finanzierungszusage zu machen.

48 7. Der Kreisverband nimmt zur Kenntnis, dass wir GRÜNE als Regierungsbeteiligte
49 nur so gute Klimaschutzmaßnahmen umsetzen können, wie es Wahlergebnisse, unser
50 persönlicher und politischer Einsatz und die gesellschaftlichen
51 Rahmenbedingungen sowie die öffentliche Meinung zulassen. Klimaschutz kann nur
52 gelingen, wenn es für konsequente Maßnahmen in allen Handlungsfeldern auch
53 gesellschaftliche Mehrheiten gibt. Deshalb sollten wir GRÜNE weiter an uns und
54 gemeinsam mit den uns zugewandten Teilen der Gesellschaft daran arbeiten, dass
55 die politische Basis für Klimaschutz- und Klimagerechtigkeitspolitik wächst, um
56 so auch Veränderungen in schwierigen Sektoren wie Wärme und Verkehr zu
57 erreichen.

58 8. Der von der KMV gefasste Beschluss geht als Positionierung des KV Münster
59 (Positionspapier) an den Bundesvorstand.

Begründung

Zu 1) Seit Wochen gab es Streit in der Ampel um diverse Themen, die den Klimaschutz zentral betreffen. Insbesondere waren Sektorziele im Verkehr, der Autobahnausbau und die Wende beim Heizungsaustausch strittig. Hier sind in den Ergebnissen der Verhandlungen im Koalitionsausschuss einige wichtige Haltelinien (z.B. Festhalten an der verpflichtenden Erneuerbaren-Quote von 65 % im Heizungsaustausch, keine Planungsbeschleunigung für den Neubau von Autobahnen) sowie Erfolge (z.B. Erhöhung der LKW-Maut zu Gunsten der Schiene) aus grüner Sicht erkennbar. Ohne die Beteiligung der GRÜNEN wären Entscheidungen deutlich schlechter ausgefallen.

Zu 2) Trotz aller Bemühungen ist zu konstatieren, dass die Kompromisse nicht ausreichen. Die Verantwortung hierfür liegt allerdings hier in erster Linie bei SPD und FDP, die ihrer Verantwortung für eine ambitionierte Klimapolitik innerhalb der Koalition nicht nachkommen und diese allein beim Grünen Koalitionspartner abladen.

Zu 3) Bei der Neuformulierung des Klimaschutzgesetzes muss Sorge dafür getragen werden, dass es nicht zu einer Aufweichung der Klimaziele kommt und dass alle notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden.

Zu 4) Es ist kein Geheimnis, dass insbesondere der Verkehrssektor zu wenig zum Klimaschutz beiträgt und Bundesverkehrsminister Wissing einen Weg sucht, sich aus der Verantwortung zu stellen. Wir unterstützen die GRÜNEN auf Bundesebene, darauf hinzuwirken, dass adäquate Lösungen gefunden werden, um den Minister und das BMDV in die Pflicht zu nehmen.

Zu 5) Dieser Punkt wurde durch einen angenommenen Änderungsantrag hinzugefügt.

Zu 6) Insbesondere uns GRÜNEN ist es wichtig, dass es nicht nur in der Klimaschutzpolitik, sondern auch in der Sozialpolitik entscheidend vorangeht. Die Kindergrundsicherung sehen wir als wichtige Maßnahme an, Kinder aus der Armut zu befreien und die Lebenschancengerechtigkeit zu erhöhen. Eine Verschleppung dieser im Koalitionsvertrag fest vereinbarten Maßnahme durch SPD und FDP wäre unverantwortlich.

Zu 7) Als GRÜNE treten wir zu Wahlen an und entsenden anschließend unser Spitzenpersonal in die Parlamente. Wie viel Gestaltungsmacht wir bekommen, hängt von Wahlergebnissen ab, die wiederum von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der öffentlichen Meinung geprägt sind. Als GRÜNE und progressive Partei, die gegen Beharrungskräfte angehen muss, haben wir es in einer Ampel- oder einer Koalition mit der CDU oder ähnlichen konservativen Parteien schwerer, unsere Ziele durchzusetzen, als die Freund*innen des Stillstands und müssen deshalb mehr Einsatz zeigen und Überzeugungsarbeit leisten. Insbesondere dann, wenn politische Entscheidungen die alltägliche Lebensrealität der Menschen erreichen, wird politische Kommunikation zur Herausforderung. Diese sollten wir annehmen, die Zusammenarbeit mit uns zugewandten Bündnispartner*innen und Organisationen verstärken, um so schließlich auch GRÜNE Politik in schwierigen Sektoren umsetzen zu können.

Zu 8) Dieser Punkt wurde durch einen angenommenen Änderungsantrag hinzugefügt.